

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 30.04.2019

Erweiterung des Ratsgymnasiums unter Abwägung aller Faktoren

Zum Änderungsantrag unserer Fraktion zur Erweiterung des Ratsgymnasiums erklärt Ratsfrau Heidi Reichinnek für die Fraktion DIE LINKE.:

„Durch die Umstellung von G8 auf G9 besteht beim Ratsgymnasium zusätzlicher Raumbedarf. Unsere Fraktion möchte mit dem Änderungsantrag einen Kompromiss vorschlagen, der die von der Schule favorisierte Solitärbaulösung mit einer erweiterten Barrierefreiheit im Altbau der Schule verbindet.

Es war uns dabei wichtig, alle Faktoren abzuwägen. Uns ist es dabei wichtig, dass wir bei der Entscheidung die Schulbelegschaft mitnehmen, dass wir die Inklusion vorantreiben, dass wir eine finanziell-vernünftige Lösung finden und auch das Schulklima und die Lernatmosphäre positiv gestalten.

Nach reichlicher Abwägung sprechen wir uns für einen Solitärbau aus. Um die Inklusion zu fördern ist es wichtig im Zuge der Neugestaltung bestehende Barrieren abzubauen. Durch die Errichtung eines Hublifts kann hier eine kostengünstige und pragmatische Lösung gefunden werden.“

Memorandum „Niedersachsen für Europa“ zu unkritisch

Zum Antrag „Memorandum „Niedersachsen für Europa““ äußert sich die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz:

„Der von der SPD eingereichte Antrag zum Memorandum 'Niedersachsen für Europa' kann von uns in dieser Form nicht unterstützt werden. Zu einseitig und glorifizierend sind die in ihm verwendeten Formulierungen zu den Errungenschaften der EU. Von denen gibt es viele, keine Frage, aber ebenso ist es erforderlich Kritik an der EU zu üben, wo es erforderlich ist.

Keine Rede ist beispielsweise von der militärischen Beteiligung an der Zerschlagung Jugoslawiens, oder einer seit Jahrzehnten vorherrschenden neoliberalen Dogmatik, welche eben nicht den Wohlstand der Menschen in Europa uneingeschränkt vermehrt, sondern zu immenser Ungleichverteilung von Reichtum und dadurch zu Elend führt nicht nur global, sondern auch hier in Europa. Und auch die Pläne und Entwicklungen hinsichtlich des Ausbaus einer Verteidigungs- und Militärunion kritisieren wir LINKE deutlich.

Wir wollen die Militarisierung der EU beenden und setzen auf konsequente Friedenspolitik und globale Gerechtigkeit.“

Beim der Neuordnung des Citymarketings Arbeitnehmer*innenrechte beachten

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Citymarketing erklärt Giesela Brandes-Steggewentz:

„Wir begrüßen die Neugestaltung des Citymarketings grundsätzlich. Wir fordern aber mit unserem Änderungsantrag, dass im vorgesehenen Beirat nicht nur Vertreter*innen aus der Privatwirtschaft einen Sitz haben, sondern auch Vertreter*innen der örtlichen Gewerkschaften.“